

II-6730 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 33581J

1992-07-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Haigermoser, Dolinschek, Haller
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Grenzgänger und EWR

Ein beachtlicher Teil der österreichischen Arbeitnehmer ist als Grenzgänger im Ausland tätig (etwa in Vorarlberg ca. 13 %); der Grund dafür ist in der besseren Entlohnung im Ausland zu suchen, die wiederum zu einem großen Teil aus den niedrigeren Lohnnebenkosten resultiert. Österreich hat – wie die anderen Staaten Europas auch – mit seinen Nachbarländern bilaterale Abkommen geschlossen, die Regelungen über die Behandlung der Grenzgänger enthalten; inhaltlich sind diese Abkommen aber nicht ident.

Derzeit ist unklar, wie der EWR sich auf die Grenzgänger auswirken wird und ob in diesem Zusammenhang Änderungen der bestehenden Abkommen notwendig sein werden, um von österreichischer Seite die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen eines Übermaßes an Grenzgängern hintanzuhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Welche bilateralen Abkommen bestehen derzeit in Ihrem Wirkungsbereich, die Regelungen über Grenzgänger enthalten?

2. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des EWR auf die Lage der Grenzgänger?
3. Werden Sie im Zuge der Ratifizierung des EWR-Abkommens bzw. des geplanten EG-Beitritts eine Revision dieser Abkommen einleiten? Wenn nein, warum nicht?